Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Zur Herbstsession der Bundesversammlung.

Die Herbstsession der eidgenössischen Räte war fast ausschließlich auf das Thema Krise abgestimmt, das in mannigfachen Variationen immer wiederkehrte. Die Wirtschaft herrschte vor. Rein politische Fragen, insbesondere solche der Außenpolitik, fehlten so gut wie ganz. Selbst die großen gesetzgeberischen Arbeiten (Revision des Obligationenrechtes, Strafgesetzbuch), die seit Jahren zu den regelmäßig wiederkehrenden Verhandlungsgegenständen der Bundesversammlung gehören, mußten zu Gunsten der Notwendigkeiten des Augenblickes zurücktreten.

In Anbetracht dieser vorwiegend der Wirtschaft gewidmeten Traktandenliste war es wohl nicht jedermanns Sache, die Verhandlungen genauer zu verfolgen. Und doch lohnte es die Mühe. Was in Bern unter dem Titel Notmaßnahmen beschlossen wurde und wie es geschah, berührt die Grundlagen der gegenwärtigen Eidgenossenschaft.

Das Bild, welches unser

Parlamentarismus in der Krise

dem Beschauer bot, mahnt zum Aufsehen. Der Aufwand an Reden stand in einem auffälligen Mißverhältnis zum erzielten Erfolg. Das gilt vor allem für den parlamentarischen „Großkampf", der in der Eintretensdebatte zur Lohnabbauvorlage ungewöhnliche Ausmaße annahm. 30 Redner sprachen in vier langen Sitzungen aneinander vorbei, ohne daß am Ergebnis der Abstimmung, die durch die vorgängige Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zum vornherein feststand, irgend etwas geändert worden wäre. Der unbestrittene Eintretensantrag zur Vorlage betreffend Kredithilfe an notleidende Bauern bildete ebenfalls Gegenstand einer nur 2½ Stunden währenden Debatte. Und das alles geschah zwecks Verminderung der Kosten der Bundesverwaltung!

Der Korrespondent der N. Z. Z. sprach in Nr. 1741 mit Recht von „unvermeidlichen Leerlauferscheinungen des Parlamentarismus". Unvermeidlich! Sollen wir uns dabei beruhigen?

Gewiß fehlt es nicht an Parlamentariern, die guten Willens sind, solch' unsinnige Dauerrednerei zu vermeiden. Etliche eingeschriebene Redner der bürgerlichen Parteien haben denn auch in der erwähnten Debatte auf ihr angemeldetes Votum verzichtet. Doch mit gutem Willen allein ist es nicht getan. Das fruchtlose Aneinander-Vorbeireden ist im Parlamentarismus selbst begründet. Er möchte mit dialektischen Mitteln die beste Meinung, die zweckentsprechendste Lösung herauskristallisieren. Das ist möglich, wenn die Beteiligten bereit sind, sich von den Argumenten anderer überzeugen zu lassen, im Freundeskreise oder innerhalb einer politischen Bewegung, die auf dem persönlichen Vertrauen eines jeden zum andern beruht. In unserm zerrissenen Parteienstaate aber ist diese Methode eine eitle Fiktion, und der parlamentarische Betrieb sinkt zur Lautsprecherpropaganda der Parteipolitik herab.

Nicht alle unserer Parlamentarier sind der Meinung, daß ihre Reden überflüssig seien. Vor allem möchten sie dafür gebührend entschädigt werden. Als ein bäuerliches Ratsmitglied daran erinnerte, daß Staatsämter im Grunde genommen Ehrenämter seien und eine Herabsetzung des Taggeldes von Fr. 40.— um einen Viertel auf Fr. 30.— zur Krisenzeit wohl angebracht wäre, machten die „Vertreter des arbeitenden Volkes" schärfste Opposition. Der Basler Sozialdemokrat Hauser nannte den Antrag eine „Heuchelei", und sein Berner Fraktionskollege Huggler sprach von einem „Trinkgeld von Fr. 40,000.—, das einzusparen nicht der Rede wert sei". Mit Fr. 30.— Taggeld sollte unseres Erachtens schließ-

lich auch ein sozialistisches Ratsmitglied noch auskommen. Aber: Opfer bringen und Opfer verlangen ist offenbar nicht dasselbe. Besonders wenn die Partei dabei zu kurz kommen sollte! Daß mit 40,000.— Franken auch noch einige Arbeitslose ausgesteuert werden könnten, die das Opfer ihrer „Genossen" wohl wert wären, sei noch nebenbei bemerkt.

Doch nicht nur diese technischen Mängel der parlamentarischen Maschinerie mahnen zum Aufsehen. Bedeutsamer noch ist die andauernde Verschiebung des politischen Schwergewichtes zu Gunsten der Regierung und außerparlamentarischer Mächte. Die neuen Bundesbeschlüsse betreffend Kompensationsverkehr, Kredithilfe und Notstandsaktionen für die verschiedensten Wirtschaftsgruppen greifen tiefer in unser Verfassungsleben ein, als die meisten Volksabstimmungen der letzten Jahrzehnte. Die Handels- und Gewerbefreiheit, wie der liberale Grundsatz der Nichteinmischung des Staates in den Bereich der Wirtschaft erfuhren weitgehende Einschränkungen. Man etikettierte das Geschehene zwar als „vorübergehende Maßnahmen", die man der Not und nicht dem eigenen Trieb gehorchend getroffen haben will. Indessen scheint ein Abbau dieser „Provisorien" in absehbarer Zeit gar nicht mehr möglich. Die Entwicklung drängt in ungeheurem Tempo weiter. Unter dem Drucke der gegenüber dem 19. Jahrhundert zu tiefst veränderten geistigen und wirtschaftlichen Lage Europas beginnt sich auch bei uns eine durchaus antiliberale Neugestaltung der Wirtschaft und ihrer Beziehungen zum Staate durchzusetzen. Bemerkenswert ist, daß diese Umgestaltung nicht vom Souverän, d. h. den stimmberechtigten Bürgern, noch von ihrer politischen Vertretung, dem Parlament, ausgeht. Die Initiative liegt vielmehr bei Einzelnen, beim Bundesrate, besonders beim Volkswirtschaftsdepartement, sowie bei den mit diesen Organen zusammenwirkenden Führern der Wirtschaftsverbände. Dem Parlamente bleibt es noch vorbehalten, darüber zu diskutieren, ob es für die nächste Bauernhilfsaktion 3 oder 4 Millionen im Jahre bewilligen wolle. Den grundsätzlichen Entscheid jedoch, wo und wie geholfen werden soll, fällt regelmäßig der Bundesrat. Ein hervorragendes freisinniges Ratsmitglied bekannte jüngst in einer Parteiversammlung, „die Wirtschaftsfragen, die dem Parlamente vorgelegt würden, seien so verwickelt und die Entscheide müßten meist so rasch gefällt werden, daß den Ratsmitgliedern oft nichts anderes mehr bleibe, als den Bundesrat machen zu lassen und zu seinen Vorlagen ja und amen zu sagen". Dieses ehrliche Bekenntnis zeugt für den Zusammenbruch demokratischer Illusionen, dem wir einmal offen ins Angesicht schauen müssen, wenn er uns nicht zum Verhängnis werden soll. Zweierlei geht aus den oben geschilderten Verhältnissen hervor:

1. Ein nach politischen Gesichtspunkten bestelltes Parlament ist durchaus ungeeignet, wirtschaftliche Verrichtungen zu übernehmen. Die demokratische Lehre, welche alle Bürger zur Entscheidung in allen Dingen aufruft, muß an der persönlichen Fähigkeit zur Entscheidung ihre natürliche Grenze finden, wenn die Macht nicht Unberufenen überantwortet werden soll. Daraus erwächst die Forderung nach einem besondern Wirtschaftsrate, nach der notwendigen Trennung politischer und wirtschaftlicher Funktionen.

2. Es enthüllt uns die Gegenwart wieder einmal mehr, daß alle schöpferische Gestaltung von Einzelnen ausgeht. Die Masse tritt erst in einem letzten, epigonären Stadium als formende Kraft mit in Erscheinung, dann, wenn der Geist einer neuen Zeit bereits soweit Allgemeingut geworden ist, daß sie nicht mehr irren kann. Darum bestimmen ihre Repräsentanten die wichtigsten Veränderungen in unserem politischen und wirtschaftlichen Leben heute nicht mehr. Die alte römische Demokratie hat um dieses Gesetz gewußt und in Zeiten der Not, die immer auch Zeiten der Gestaltung und nicht nur der Erhaltung sind, sich dem Diktator anvertraut. Die jüngere schweizerische Demokratie wird lernen müssen, sich wiederum in vermehrtem Maße führenden Geistern und weniger der Mehrheit anzuvertrauen.

Wie sehr uns die Mehrheit Götze geworden ist, zeigte sich in der Diskussion um den Lohnabbau. Rücksichtnahme auf die Wählerschaft war überall der leitende Grundsatz. Kein Lohnabbau, damit unsere Lebenshaltung nicht geschmälert werde, hieß es links. Lohnabbau zur Verringerung der Steuerlasten und Werktaxen (S. B. B.!) forderten Handel und Industrie rechts. Die bäuerliche Mitte schwankte. Sie wollte es mit keinem der beiden Gegner ganz verderben. Der Beweggrund zur Stellungnahme blieb indessen oft hinter Atrappen verborgen, den sogenannten objektiven Gründen: Kaufkrafts-, Deflations- und Inflationstheorien. Den Parlamentariern fiel die Rolle des Advokaten zu, der kein anderes Gebot kennt als die Wahrung des Besitzstandes seines Klienten und dem bei eigenwilligem Vorgehen recht bald sein Mandat entzogen würde. So kam es, daß die Räte den für sie unbequemen Entscheid vorerst auf die Wintersession verschoben und die bürgerliche Mehrheit sich mit einer Reduktion von 7 % begnügen wollte, während der von der Masse der Wähler viel unabhängigere Bundesrat ursprünglich auf 15 % zu gehen beabsichtigte, um dann seinen Vorschlag auf 10 % herabzusetzen.

Daß es leichter ist, die Gelder anderer zu verteilen, als selbst Opfer auf sich zu nehmen, zeigte sich in der Behandlung der Hülfsaktionen, die neben der Lohnabbaufrage die Haupttraktanden der Session bildeten. Die Reihe war diesmal an den Bauern, der Hotel- und der Stickereiindustrie. Andere Bittsteller, vorab die Milchproduzenten, haben sich schon für die Wintersession angemeldet. Die

Sozialisierung der Verluste

stößt in der Schweiz offenbar auf weniger Schwierigkeiten, als die Sozialisierung der Gewinne (Vermögensabgabe!). Warum? Weil der Verzicht auf Gewinne (Lohnabbau, Krisensteuer) Opfer fordert, die von den Betroffenen nur schwer auf andere überwälzt werden können, während es möglich ist, die Verpflichtungen aus den gegenwärtigen Hülfsaktionen zum größten Teil einem Anonymus, nämlich dem Staate aufzubürden. Dabei hofft jeder, daß nicht er, sondern Drittpersonen, kommende Geschlechter oder andere Klassen dereinst seine Schulden tilgen werden. Man spricht zwar viel von Volkssolidarität; es fehlt aber nur allzuhäufig die Bereitschaft zum persönlichen Opfer, das eben diese Verbundenheit gegenüber einem Staate fordert, der mehr ist als eine rechtliche Konstruktion, nämlich lebendiger Ausdruck der Gemeinschaft.

Damit soll über die verschiedenen Hülfsaktionen nicht der Stab gebrochen werden. Im Gegenteil. Wir sehen in ihnen die erfreuliche, wenn auch späte und für manche Wirtschaftszweige vielleicht allzuspäte Erkenntnis, daß Wirtschaft eine Angelegenheit des Volkes und nicht nur der einzelnen Wirtschafter ist. Wenn wir Kritik anzubringen haben, so ist es vielmehr die, daß man die Konsequenzen dieser Erkenntnis nicht mit genügender Entschlossenheit verfolge und sich immer noch mit vorübergehenden Notmaßnahmen begnügen will, statt die Beseitigung des Übels an der Wurzel zu versuchen.

Da ist beispielsweise die Kredithilfe für notleidende Bauern. Tausende von Kleinbauernbetrieben sind derart verschuldet, daß ihre Besitzer trotz aller Einschränkungen und Anstrengungen kaum mehr die Hypothekarzinsen herauswirtschaften können. Die Schuldenlast übersteigt sehr oft den Ertragswert. Für Abschreibungen oder Verbesserungen und auch nur einen geringen Lohn des Bearbeiters des Bodens bleibt meist gar nichts mehr übrig. Die Entschuldungsaktion ist eine dringende Notwendigkeit, wenn unser Bauerntum nicht der Verproletarisierung anheimfallen soll. Mit den je 3 Millionen, die nun alljährlich von Bund und Kantonen zur Verfügung gestellt werden, läßt sich wohl mancherlei Not lindern, aber nie eine durchgreifende Sanierung erzielen. Notwendig ist vor allem, die Wiederkehr solcher Not nach Möglichkeit auszuschließen. In dieser Richtung geschah leider bis heute wenig. Man warf unsern Bauern Selbst-

verschulden vor, da sie in der Kriegs- und Nachkriegszeit ihre Güter überzahlten und durch den damaligen hohen Ertragswert sich verleiten ließen, Schulden aufzunehmen, die sie heute erdrücken. Doch was weiß unser Bauer von internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Krisen auf überseeischen Märkten, die heute seine Preise stärker beeinflussen als früher Mißernten und Überfluß? Wirksame Bauernhilfe wird wohl nur dann möglich sein, wenn es uns gelingt, unsere Bauern aus den Konjunkturschwankungen der kapitalistischen Wirtschaft zu lösen und ihnen einen möglichst unabhängigen, übersehbaren und kontrollierbaren Inlandmarkt zur Verfügung zu stellen. In diesem Rahmen wäre eine beschränkte Stabilisierung der Preise landwirtschaftlicher Produkte und landwirtschaftlicher Güter wohl möglich. Belastungsgrenzen für den Bodenkredit, wie wir sie für die Gülten bereits kennen, Verunmöglichung der Güterspekulation durch Wiedereinführung der alten Zug- und Näherrechte, Reform des Erbrechtes im Sinne einer Bevorzugung des Betriebsübernehmers durch den Ausbau der bereits im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Erbgülten, das wären ungefähr die Mittel, die hier ergänzend zur Anwendung gelangen müßten. Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, die sich aus der isolierten Lebensweise des Bauern und der damit verbundenen individualistischen Haltung für die Durchführung solcher Pläne ergeben, weisen jedoch darauf hin, daß vor nicht allzulanger Zeit auch in unserm Lande ähnliche Verhältnisse vorhanden waren. Sie mußten im freihändlerischen 19. Jahrhundert fallen. Heute, in einer wieder stärker nationalwirtschaftlich denkenden Zeit, ist für solche Ordnungen erneut Raum.

Ähnliches wäre in Bezug auf die Hilfsmaßnahmen zu Gunsten unserer Hotelerie zu sagen. Man denke nur an die Praxis zum sogenannten Hotelbau-„Verbot". Es gibt Kurorte in der Schweiz, in denen in der letzten Hochkonjunktur wiederum Haus neben Haus entstand, die nun heute schon — Bundeshilfe in Anspruch nehmen müssen. Die Ausnahmebewilligungen wurden bis dahin von den Kantonen offenbar auf Grund persönlicher Beziehungen und nicht volkswirtschaftlicher Überlegungen erteilt. Nun will man mit einem Einspracherecht der Hoteltreuhandgesellschaft helfen. Selbstkontrolle der Wirtschaft — ein guter Gedanke, aber leider wieder einmal zu spät.

Bemerkenswert ist sodann der Versuch, durch Anordnung des Pfandnachlaßverfahrens für Hotelgrundstücke die Solidarität der Beteiligten an Stelle der Staatshilfe zu setzen. Ein hoffnungsvoller Schritt über das bisherige Subventionswesen hinaus! Es geht wirklich nicht mehr an, daß der Staat, wie dies allzuoft geschah, nur in schlechten Zeiten in Anspruch genommen werde. Die Gläubiger, die in guten Zeiten ihr Geld in das sehr spekulative Hotelgewerbe gesteckt haben, sollen in der Zeit der Not ihren Posten nicht einfach verlassen dürfen, indem sie ihre Schuldner auspfänden und die Fürsorge für die zerstörten Existenzen der Allgemeinheit überlassen. Aus ähnlicher Erwägung wurde unmittelbar nach Kriegsende zu Gunsten der damals durch die Inflation bedrängten großen Bank- und Industrieunternehmen die „Gläubigergemeinschaft bei Anleihensobligationen" eingeführt. Diese Maßnahme hat sich bei verschiedenen Sanierungen bewährt (Bank für elektrische Unternehmungen, neuerdings: Escher, Wyß & Co.). Sie wird auch im revidierten Obligationenrecht dereinst Eingang finden. Merkwürdig berührt daher, daß gegen eine Ausdehnung dieses Verfahrens auf die Hotelerie und andere Wirtschaftszweige, ausgerechnet jene Kreise opponierten, zu deren Gunsten es zum ersten mal eingeführt worden war, nämlich die Schweizerische Bankiervereinigung. Ihr Präsident La Roche (Basel) äußerte am schweizerischen Bankiertag in Bern vor allem Bedenken gegen den nachträglich vom Parlamente auch gestrichenen Art. 51 der Pfandnachlaßvorlage, mit welchem dem Bundesrate das Recht hätte eingeräumt werden sollen, auch anderen Schuldnerkategorien, vor allem notleidenden Industrien und der Landwirtschaft Erleichterun-

gen des Zwangsvollstreckungsverfahrens zuzubilligen. Solches wäre gewiß zweckmäßig gewesen und entspräche auch dem Umstande, daß die Initiative zu den einzelnen Hilfsaktionen wie ihre nähere Ausgestaltung durchaus in der Hand des Bundesrates liegt. Allein das Parlament wollte sich das Recht nicht nehmen lassen, zu bestimmen, in welchem Maße ein jeder an den Segnungen des Bundes teilhaben sollte. Was bliebe ihm sonst noch?

Erfreulich ist außer dieser erstmals wieder statuierten persönlichen Verantwortung der einzelnen Volksgenossen für ihr gemeinsames wirtschaftliches Schicksal der Versuch, die Durchführung der einzelnen Hilfsaktionen der Wirtschaft selbst zu überlassen und diese nicht der Staatsbürokratie zu überantworten. Besondere Bauernhilfskassen, die Hotelerie- und Stickereitreuhandgesellschaften u. a. übernehmen die Durchführung der Sanierungsaktionen. Es sind dies bemerkenswerte Etappen auf dem Wege zur korporativen Organisation unserer nationalen Wirtschaft. Daß wir um diese nicht herumkommen werden, hat Bundesrat Musy in seiner großen Rede im Nationalrat vom 22. September offen ausgesprochen.

Noch vollzieht sich unsere wirtschaftspolitische Entwicklung im Gewande von Notmaßnahmen und Provisorien. Noch gibt man es nicht gerne offen zu, daß wir inmitten einer grundsätzlichen Umgestaltung unserer Wirtschaftform stehen. Aufschlußreich war in dieser Beziehung eine Auseinandersetzung zwischen dem freisinnigen Basler Ständerat Thalmann, der als folgerichtiger Vertreter des Liberalismus die Clearingverträge mit dem Auslande eine entbehrliche Maßnahme nannte, während sein Parteifreund Bundesrat Schultheß sie durch den Hinweis auf ihre Notwendigkeit verteidigte und hervorhob, daß sie von den Vertretern von Handel und Industrie verlangt und zum größten Teile auch selbst abgeschlossen worden seien. Der Korrespondent der N. Z. Z. sprach in Nr. 1814, auf diese Kontroverse bezugnehmend, von der „Zwiespältigkeit des notwendigen Übels". Es erhellt, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung in die überlieferten Denk- und Parteischemen ohne Zwang nicht eingeordnet werden kann. Darum sind auch alle Versuche unserer Politiker, von den überlieferten Gesichtspunkten aus unsere Wirtschaftsverhältnisse neu zu ordnen, Flickwerk geblieben, obschon wertvolle Einzelergebnisse dort erzielt wurden, wo man unter dem Deckmantel der Notmaßnahme überlieferte Schemen verließ. Noch fehlt es an grundsätzlicher Gestaltung. Sie erst macht ein durchgreifendes Aktionsprogramm möglich, nach dem immer wieder umsonst gerufen wird. Unser Parlament vermöchte indessen ein solches noch gar nicht zu verdauen.

Um die grundsätzliche Neurichtung geht nun der Kampf!

Zürich, den 24. Oktober 1932.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Englische Krise. / Machtkämpfe in Deutschland. / Starke Hand in Ungarn.

Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in England trat nach dem Abschluß der Konferenz von Ottawa in ein neues Stadium ein. In Ottawa waren die Vertreter Großbritanniens und seiner Dominions zusammengekommen, um einen neuen wirtschaftlichen Modus vivendi zwischen dem Mutterland und den Kolonien zu finden. Das Ergebnis der Konferenz war die Schaffung eines komplizierten Systems von Verträgen und Präferenzzöllen zwischen den einzelnen Gliedern des britischen Commonwealth. Da diese Abreden nicht nur vorübergehender Natur sein, sondern längere Zeit Gültigkeit haben sollen, ist die vorgesehene Weltwirtschaftskonferenz, auf welcher insbesondere der Abbau der internationalen Zollschranken zur Verhandlung gelangen wird, durch die Abkommen von Ottawa bis

zu einem gewissen Grade präjudiziert. Kein Wunder, daß alle diejenigen Kreise in England, denen die wirtschaftliche Gesundung nur auf dem Boden des Freihandels möglich erscheint, mit schweren Bedenken die Ergebnisse von Ottawa betrachten.

Eine erste unmittelbare Folge der Konferenz war der Austritt der liberalen Minister aus der Regierung MacDonalds. Der Schritt kam nicht unerwartet. Als im August 1931 England infolge der Auswirkungen der Wirtschaftskrise am Rande des Abgrundes stand, war MacDonald, der damals eine Labourregierung führte, über seinen sozialistischen Schatten hinweg gesprungen und hatte sich unter kühner Mißachtung aller parteipolitischen Gepflogenheiten an die Spitze einer nationalen Regierung gestellt, in welcher die Liberalen vertreten waren und die Konservativen den entscheidenden Einfluß hatten. Die mutige, im Interesse des Gesamtwohls des Landes vollbrachte Tat MacDonalds führte zu seinem Ausschluß aus der Arbeiterpartei und kostete ihn die Freundschaft vieler alter Kampfgenossen, die ihn als einen Verräter an der Sache des Sozialismus bezeichneten. Nur Snowden, Thomas und einige andere Führer leisteten ihm bei seinem Schritte Gefolgschaft. Die heterogene Zusammensetzung der Regierung wurde durch die unmittelbare Gefahr, in welcher das Land schwebte, ermöglicht. Je mehr die Gefahr sich verzog, umso schwieriger wurde es, die auseinander strebenden Interessen zusammenzuhalten. Unter dem konservativen Einfluß segelte das Kabinett mehr und mehr in das Fahrwasser der Schutzzollpolitik hinein, was begreiflicherweise den Widerstand der grundsätzlich auf Freihandel eingestellten liberalen Kabinettsmitglieder hervorrief. Im Januar 1932 war es nur durch ein, in der politischen Geschichte Englands einzig dastehendes „agreement to differ" möglich, den drohenden Zerfall der Regierung hinauszuschieben. Dasselbe erlaubte den liberalen Kabinettsmitgliedern, im Parlament die offizielle Politik der Regierung zu bekämpfen. Die Konferenz von Ottawa hat nun den Stein endgültig ins Rollen gebracht. Sir Herbert Samuel und seine Freunde sowie Snowden traten aus dem Kabinett aus. Sie gaben eine Erklärung ab, in welcher sie mit energischen Worten ihrer Unzufriedenheit über die von der Regierung betriebene Schutzzollpolitik Ausdruck verliehen. Sie warfen ihr vor, nicht nur einen Rückgang der Einfuhr ausländischer Waren nach England hervorgerufen, sondern gleichzeitig auch den Export gedrosselt und dadurch ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit verursacht zu haben. Im weiteren wandte sich die Erklärung gegen die Beschlüsse von Ottawa, deren Auswirkungen als für das Mutterland in höchstem Grade gefährlich bezeichnet wurden.

Durch den Austritt der liberalen Minister aus der Regierung ist MacDonald einsamer als je geworden. Das Kabinett steht nunmehr gänzlich unter dem Einfluß der Konservativen, welche im Parlament über 471 Mandate verfügen. Die Arbeiterpartei hat seit den Wahlen vom Herbst letzten Jahres ganze 52 Sitze inne. Durch diese starke Störung des Gleichgewichtsverhältnisses zwischen Regierungsmehrheit und Opposition und durch die anderen ungewohnten Vorgänge, die sich seit Sommer 1931 in England abspielten, hat das überlieferte parlamentarische System eine merkliche Erschütterung erfahren. Schon vor zwanzig Jahren gab es in England Stimmen, die erklärten, daß das Gewicht des Parlaments im Verhältnis zu demjenigen der Regierung in stetem Sinken begriffen sei. Heute zeigt es sich, daß im politischen Leben des englischen Volkes in der Tat das Kabinett zum entscheidenden Faktor geworden ist. Die Macht ist von der Legislative auf die Exekutive übergegangen, was naturgemäß nicht ohne tiefgreifende Rückwirkung auf das überlieferte System des Parteienstaates bleiben kann. Es handelt sich hier um eine symptomatische Entwicklung des parlamentarischen Systems, das nur dann richtig zu funktionieren vermag, wenn über gewisse Grundanschauungen Einigkeit zwischen den parlamentierenden Parteien herrscht. Je mehr die Grundanschauungen auseinander gehen, desto brüchiger wird die Basis und desto notwendiger die Bildung einer von den Parteien unabhängigen Regierung.

Ein erstes Anzeichen kommender Umwandlungen war die Bildung der nationalen Regierung MacDonalds im August 1931, welche unter Mißachtung der im Parlament herrschenden Mehrheitsverhältnisse von der Krone inspiriert wurde. Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß durch die eingetretenee Entwicklung die Figur des Königs im politischen Leben Englands wieder an Bedeutung gewinnen muß.

Daß die politischen Verhältnisse Englands in Unordnung geraten sind, zeigt sich nicht nur am veränderten Verhältnis zwischen Parlament und Regierung, sondern auch an den Parteien. Die Liberalen sind gespalten in solche, die zur jetzigen Regierung halten (Sir John Simon), und in solche, die ihre Entschlußfreiheit wiedergewonnen haben (Sir Herbert Samuel). Die Labour Party ist ebenfalls zerfallen. Drei Teile streiten sich um das Erbe der alten Partei: die „nationale" Gruppe mit MacDonald als Führer; die jetzige Opposition, welche aus der Hauptmasse der Gewerkschaften besteht und von Henderson geführt wird; und endlich die Unabhängige Arbeiterpartei, die den sog. „jugendlichen Edelsozialismus" enthält und am stärksten nach links gerichtet ist. Die offizielle Partei, die sich heute gegenüber MacDonald in Opposition befindet, wurde durch die während ihrer Regierungszeit betriebene liberalistische Politik aufs äußerste geschwächt. In den Wahlen vom letzten Herbst sank die Zahl ihrer Parlamentsmandate von 287 auf 52 herab. Am kürzlich abgehaltenen Parteikongreß in Leicester versuchte man, ihr durch Einspritzung einer starken Dosis Sozialismus neues Leben einzuhauchen. Es handelt sich hierbei um einen analogen Vorgang wie bei der deutschen Sozialdemokratie, die sich ebenfalls, sobald sie in die Opposition ging, nicht radikal genug gebärden konnte. Fraglich ist nur, ob ein zweites Mal die Arbeiterschaft den Sirenenklängen der Parteisekretäre Folge leisten wird.

Endlich muß verzeichnet werden, daß am englischen Parteihimmel kürzlich ein neuer Stern aufgetaucht ist. Sir Oswald Mosley, der einst Konservativer und dann Mitglied der Arbeiterpartei war, hat eine britische Union der Faschisten gegründet. Vielleicht zeigt dieser Vorgang deutlicher als alle andern, daß das überlieferte englische Parteiensystem, das während eines Jahrhunderts den Europäern als Vorbild diente, im Zerfall begriffen ist und die Gegebenheiten der Wirklichkeit zur Schaffung neuer Formen des politischen Lebens drängen.

*

In Deutschland ist die Lage noch durchaus ungeklärt. Am 6. November soll ein neuer Reichstag gewählt werden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird auch in ihm keine arbeitsfähige Mehrheit zustande kommen. Was dann? Abermalige Auflösung und abermalige Neuwahlen. So wird das parlamentarische System am hellichten Tage vor aller Augen in der politischen Arena zu Tode geritten. Die Partei- und Gewerkschaftskassen werden allmählich leer, eine allgemeine Wahlmüdigkeit ergreift das Volk. Langsam und unmerklich wird der Boden für die offene Diktatur vorbereitet. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ der Regierung, erklärte kürzlich, daß das deutsche Volk vor der verzwickten Aufgabe stehe, einen Reichstag von der Art zu wählen, daß er notfalls auch weiterhin ein Regieren gegen den Reichstag ermögliche. Das ist deutlich. Schon jetzt befindet sich übrigens der Staat in einem Zustand, in dem die Bestimmungen der Verfassung nur noch Fassade sind, Verkleidungen, vermittelst deren die verschiedenen Gruppen um die unbedingte Macht ringen. Ob Papen als Vertreter des kapitalistischen Liberalismus oder der von antikapitalistischen Ideen getragene Nationalsozialismus Sieger bleiben wird, hängt ebenso sehr vom weitern Verlauf der Weltwirtschaftskrise wie von den Fähigkeiten der Führer der sich bekämpfenden Gruppen ab.

Das Experiment Papens gibt dem privatwirtschaftlichen System in Deutschland eine letzte Chance. Das eben macht den Kampf so ungeheuer spannend, daß sein Ausgang eine entscheidende Wendung bringen wird. „Mißlingen die

Wirtschaftspläne der Reichsregierung", so erklärte kürzlich der Führer der Freien Gewerkschaften, Leipart, „so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt". Noch einmal wird eine äußerste Kraftanspannung unternommen, um das überlieferte Wirtschaftssystem zu retten. Und es ist, als ob der Kapitalismus in diesem entscheidenden Abschnitt sich noch einmal in reinster Form zeigen wolle. Im Grunde genommen ist das Wirtschaftsprogramm Papens reiner Liberalismus. Der Wirtschaft sollen die staatlichen und sozialpolitischen Fesseln so weit als irgend möglich abgenommen werden, und hoch oben über dem Gewimmel des wirtschaftlichen Alltags soll ein autoritärer Staat schweben, der lediglich für Ordnung zu sorgen und das freie Spiel der Kräfte zu gewährleisten hat. Dieser Rückfall in die Ideen einer vergangenen Epoche mutet in einer Zeit, wo die Welt leidenschaftlich darum bemüht ist, sich zu neuen Formen der Gemeinschaft in Staat und Wirtschaft durchzuringen, beinahe unheimlich an. Man darf nie vergessen, daß in dem durch den Frieden von Versailles proletarisierten Deutschland starke antikapitalistische Kräfte wirksam sind. Ohne oder gar gegen sie kann auf die Dauer nicht regiert werden. Das ungeheure Ressentiment gegen den kapitalistischen Liberalismus, das durch das deutsche Volk geht, kann nicht durch eine Rückkehr zu vorgestrigen Zuständen gelöst werden. Nur ein neuer Gedanke, nur das Projekt einer großzügigen Totallösung kann die Kräfte frei machen, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft notwendig sind. Finanzwirtschaftliche Tricks, wie sie die Papen'schen Steueranrechnungsscheine darstellen, genügen in einer Lage wie der heutigen nicht mehr. Ein Programm, das auf anziehende Preise und steigende Börsenkurse abgestimmt ist, vermag nicht, jene Kräfte des Volkes in seinen Bann zu ziehen und zu aktivieren, auf die es heute und morgen ankommen wird.

Über den politischen Neubau des deutschen Reichs, d. h. die Verfassungsrevision liegen bis zur Stunde konkrete Pläne nicht vor. Ein Gedanke allerdings scheint auf alle Fälle verwirklicht werden zu wollen: die Schaffung eines Oberhauses. Seltsam. Das Projekt eines Oberhauses steht völlig in Gegensatz zum Bestreben des Kabinetts, den Parlamentarismus in Deutschland zu beschneiden und die Herrschaft der Parteien zu brechen. Da in der Schaffung eines Oberhauses die grundsätzliche Anerkennung des parlamentarischen Systems und der Versuch, dasselbe möglichst arbeitsfähig zu gestalten, liegt, muß sie mittelbar auch die Macht des Unterhauses stärken. Ob an die Wiederaufrichtung der Monarchie gedacht wird, läßt sich noch nicht einwandfrei feststellen. Immerhin darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß mehrere Mitglieder der Regierung sich offiziell als Monarchisten bekannt haben. Auch die lebhafter gewordene politische Tätigkeit des ehemaligen Kronprinzen läßt gewisse Schlüsse zu.

Eines steht fest: Seit der Berufung Papens ist eine starke Festigung der staatlichen Machtstellung zu konstatieren. Das Regime Papen ist eine Diktatur, die sich zu ihrer Legitimation ausschließlich auf die unangreifbare, beinahe mystische Gestalt des Reichspräsidenten beruft. Papen hat, gestützt auf Polizei und Reichswehr, den Willen und auch die Macht, seine Pläne durchzuführen — solange der Widerstand der Massen nicht zu stark wird. Sein großer Gegenspieler jedoch, der Nationalsozialismus, steht nebenaus. Während Papen einschneidende Verordnungen wirtschaftlicher Natur erläßt, den politisch wichtigen Rundfunk in die Hände nimmt, die Kommandoposten der Staatsverwaltung planmäßig neu besetzt, kurzum an tausend und aber tausend Stellen aktiv in das Geschehen eingreift, ist die NSDAP immer noch zur bloßen Deklamation verurteilt. Dabei zeigen sich immer deutlicher die Auswirkungen des verhängnisvollen Knicks in der Politik des Nationalsozialismus: sich plötzlich zum Verteidiger der Volksvertretung aufzuschwingen, weil man trotz der 230 Reichstagsmandate nicht zur Macht gelangte und Papen seine antiparlamentarische Politik einleitete. Der Nationalsozialismus begann mit Argumenten liberaler und demokratischer Herkunft um seine Macht

zu kämpfen, obwohl seine Grundhaltung von Anfang an antiliberal, antiparlamentarisch und antidemokratisch war. Vor wenigen Jahren schrieb Gregor Straßer in einem programmatischen Aufsatz: „Die groteske Unfähigkeit und die völlige Unfruchtbarkeit des deutschen Parlamentarismus hat in immer breiteren Schichten unseres Volkes ein Gefühl hohnvoller Geringschätzung und verachtungsvoller Resignation gegenüber diesem politischen Getriebe geweckt ... Wir Nationalsozialisten, denen der Parlamentarismus als einer der größten Feinde für die Gesundung unseres Volkes erscheint, können uns über eine solche Entwicklung nur freuen". Zwischen diesem grundsätzlichen Standpunkt und der heute vom Nationalsozialismus geübten Praxis liegt eine tragische Inkonsequenz. Darüber vermag die Berufung auf die Massenbasis der Bewegung nicht hinwegzutäuschen. Die amorphe Masse seiner 14 Millionen Stimmen hebt den Mangel an politischer Gestaltungsfähigkeit in seiner Führung nicht auf. Möglich, daß die zunehmende Radikalisierung der Partei diejenigen Männer an die Spitze bringen wird, die in Zukunft entscheidende Fehler vermeiden. Eine Revolution kann niemals durch Mehrheitsbeschluß gemacht werden.

*

Verschiedene Wege schlagen die ehemals durch Personalunion miteinander verbundenen Staaten Österreich und Ungarn ein. Österreich hat durch die Annahme des Abkommens von Lausanne, das mit einer Stimme Mehrheit vom Nationalrat ratifiziert wurde, sein Geschick in die Hände des von Frankreich geführten westeuropäischen Kapitalismus gelegt. Es bekommt Geld — aber es verliert auf lange Zeit hinaus seine politische Selbständigkeit. Der Gedanke des Anschlusses an Deutschland hat einen schweren Stoß erhalten. Langsam und unmerklich wird das feine Netz der finanziellen Verflechtung über das Land ausgebreitet. Völker werden heute nicht so sehr durch rohe Gewalt als vermittelst der goldenen Fäden des internationalen Kredits im Schach gehalten. Es ist ein Symptom sondergleichen für die beginnende Durchdringung Österreichs mit landfremden Interessen, wenn vor einiger Zeit die Nachricht durch die Blätter ging, daß die führende „Neue Freie Presse" in die Hand eines internationalen Finanzsyndikats übergegangen ist. Gegen getarnte politische Maßnahmen, deren Auswirkungen auf lange Sicht geplant sind, bleiben lärmende Straßendemonstrationen machtlos.

In Ungarn hat der bisherige Kriegsminister Gömbös mit starker Hand die Zügel der Regierung an sich gerissen. Gömbös ist aus dem Offiziersstande hervorgegangen. Während des Weltkrieges arbeitete er im Generalstab, nachher bekleidete er ein Amt im diplomatischen Dienst. Beim Versuch des ehemaligen Kaisers Karl, sich mit Gewalt des ungarischen Throns zu bemächtigen, stellte sich ihm Gömbös mit einem Freiwilligenheer entgegen und schlug ihn zurück, was ihm die ungarischen Legitimisten nie verziehen. 1928 nahm ihn Bethlen als Kriegsminister in sein Kabinett. Als solcher wußte er das Heer und die mannigfaltigen Verbände der Frontkämpfer an sich zu fesseln, die zu einem erheblichen Teil seine Herrschaft stützen werden.

Gömbös ist ein glühender Patriot. Er kämpft für eine möglichste Erstarkung und Befreiung des Staates von landfremden Fesseln. Der nationale Gedanke hat in seinem Denken eine hervorragende Stellung inne. Gömbös unternimmt, um Ungarn nach außen stark und handlungsfähig zu machen, den kühnen Versuch, diejenigen Kräfte für den Staat zu gewinnen, die ihm bisher ablehnend gegenüberstanden. Durch eine Umgestaltung der bestehenden Zustände sollen die inneren Schwierigkeiten überwunden und das in Klassen und Parteien zerspaltene Volk zu einer neuen Einheit zusammengeschweißt werden. Zur Überwindung der innerpolitischen Gegensätze fordert Gömbös den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Zwar bekennt er sich ausdrücklich zum kapitalistischen System, doch stellt er eine

Revision des Kapitalismus in Aussicht. Bereits ist die Ausarbeitung eines nationalen Wirtschaftsplanes in Angriff genommen worden. Dabei steht insbesondere eine einheitliche Regelung des Exports in Aussicht. Zum Programm gehört ferner eine großzügige Regelung der Agrarschulden. Oberster Richtpunkt ist die Zusammenfassung aller produktiven Kräfte des Volkes, um durch eine Renaissance des Nationalbewußtseins die Voraussetzungen für eine möglichste Unabhängigkeit des Landes nach außen zu schaffen. „Ich werde bestrebt sein", erklärte Gömbös in einer Rede kurz nach der Machtübernahme, „eine Atmosphäre zu schaffen, daß jeder Arbeiter, in dessen Seele das nationale Empfinden noch nicht ausgerottet ist, den Weg zu uns wieder findet". Zu diesem Zwecke werden weitgehende soziale Maßnahmen in Aussicht gestellt. Die Trennungsmauern, welche im Bewußtsein und Unterbewußtsein des Volkes zwischen den verschiedenen Schichten errichtet wurden, will Gömbös niederreißen. Es dürfe in Zukunft keinen Unterschied zwischen sogenannten Herren und Arbeitern geben. — Die künftigen Linien der Außenpolitik Gömbös' werden einerseits mit denjenigen Italiens zusammenfallen, andererseits nach einer aktiven Eingliederung in die Ostpolitik tendieren. Gömbös erblickt die wirkliche Ursache der die Welt heimsuchenden Wirtschaftskatastrophe in den verschiedenen Friedensdiktaten. Für Ungarn wird er die Revision des Vertrages von Trianon anstreben.

Mit Ungarn ist ein weiterer Staat zur Regierung der starken Hand übergegangen. Überall in Europa, wo die innerpolitischen Schwierigkeiten einen derartigen Grad angenommen haben, daß einschneidende Strukturveränderungen im Gefüge des Staates und der Gesellschaft notwendig werden, erscheinen Einzelpersönlichkeiten, die mit kühnem Griff das Heft in die Hand nehmen. Um in Ungarn die notwendige Atmosphäre für die nationale Wiedergeburt zu schaffen, hat Gömbös sein „Kabinett der Jugend" gebildet.

Schaffhausen, 23. Oktober 1932.

Rolf Henne.

Amerikanischer Brief.

Boulder-Colorado, den 5. Oktober 1932.

Seit einer Woche bin ich nun in Boulder niedergelassen. Die Reise hierher ist ziemlich weit. Man hat dabei Gelegenheit, allerhand zu sehen: Rotterdam-London-New York-Chicago.

Wenn man nach dem Westen reist, merkt man so recht die ungeheuren Entfernungen Amerikas. Von New York bis hierher sind es rund 3000 Kilometer. Von hier zur Westküste noch einmal 1500. Zu dieser Länge eine höchst beachtliche Breite. Schätzt man das richtig ab und vergleicht damit europäische Verhältnisse, dann ist der Schluß zwingend, daß der Staatsbegriff der Amerikaner ein ganz anderer sein muß als der europäische. Eine solch ungeheure Fläche, zu deren Durchquerung selbst der schnellste Zug etwa 80 Stunden braucht, kann nur durch einen handelnden und wollenden Staat mit ausgesprochenster Repräsentation und stärkster Filtrierung des politischen Willens bis zur obersten Staatsspitze beherrscht werden. Es ist einfach lächerlich, die amerikanische und schweizerische Demokratie, wie man das so oft tut, vergleichend nebeneinander stellen zu wollen. Die Verschiedenheiten sind viel zu groß, als daß für die Entwicklung des einen Landes aus der Entwicklung des andern etwas erklärt werden könnte.

Zwei Dinge scheinen mir bis jetzt für die Bewunderung oder den Abscheu, die wir Europäer gegenüber Amerika haben, bestimmend zu sein. Einmal der ungeheure Raum, über den die U. S. A. für verhältnismäßig wenig Volk verfügen. Und zum zweiten ihre noch im Kindheits-, man möchte fast sagen Säuglingsstadium liegende geistige und kulturelle Entwicklung. Das ist so ziemlich das Gegen-

teil von Europa. Neunundneunzig Hundertteile des Volkes sind denn auch ohne politischen Trieb und ohne politisches Verständnis. Der übrige Hundertteil macht Politik zu seinem „Busineß". Und was noch an Politik bleibt, ist in Anbetracht der Unübersichtlichkeit, die das politische Leben in so riesigen Verhältnissen naturnotwendig aufweist, auch nur ein so-Tun-als-ob. Die zwei Parteien, die einander gegenüberstehen, gleichen sich sehr stark. Sie erlauben den Wählern aber, durch Hinüberwechseln von der einen zur andern, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Praktisch wird dadurch nichts geändert.

Gegenwärtig toben die Wahlkampagnen für die Präsidentschaftswahl. Es ist eine Spiegelfechterei mit Worten, der eigentliche Wahlakt überhaupt nur ein Theater. Hoover sprach zum ersten Mal mit Radioübertragung in Jowa. Seine Rede war sehr gut; nach hiesigen Äußerungen besser als irgend eine 1928. Trotzdem vermute ich, nach allem, was ich gesehen, gehört und gelesen habe, daß Roosevelt bessere Aussicht hat. Auf alle Fälle werden sich die Stimmen sehr nahe kommen. Die Hauptrolle spielt die Depression (wobei man Roosevelt als Progressisten betrachtet), die Unzufriedenheit der Farmer und der Zolltarif. Der Süden dürfte demokratisch stimmen, der Westen auch viel stärker als vor vier Jahren....

Von der äußeren Politik merkte ich bisher nur, daß das Verhältnis zu Japan sehr gespannt ist. Die amerikanische Flotte befindet sich „zu Manövern" im Pazifischen Ozean konzentriert. Sonst feiert man die eigenen Abrüstungsvorschläge in Genf, betrachtet Frankreich als den Shylock Europas und stellt in der Presse erneut fest, daß der Völkerbund nichts taugt. Im übrigen sind die Amerikaner wirklich eine pazifistische Völkerschaft, sie befinden sich eben, wie gesagt, noch in einem Kinderstadium. Ihre Kräfte und Interessen sind ausschließlich auf Geschäft, Familie, Kirche, Klubleben, Freund- und Liebschaften gerichtet.

Eigentlich sollte man sich hüten, von Amerika als einem Ganzen zu sprechen. Es gibt auch hier verschiedene Trennungslinien: Osten-Westen, Norden-Süden. Die U. S. A. sind ein höchst uneinheitliches Gemisch unverdauter Völkerschaften. New York ist höchstens e i n Ausdruck davon, den man im Westen überdies noch als sehr unamerikanisch betrachtet. Sie stellen vorläufig vor allem eine Kolonie dar, nicht mehr, die allerdings möglicherweise einmal bestimmt ist, Europa abzulösen.

In einem späteren Brief vielleicht mehr Positives und tiefer Schürfendes.

E r n s t W o l f e r.

Pan-Europa in Basel.

An Heilungs-Versuchen und -Konferenzen hat es in Europa in den letzten Jahren nicht gefehlt. Kein Wunder. Denn die unheilvollen Folgen des Versailler Vertrages bedrohen heute auch die Satten. Wird die paneuropäische „Bewegung" den Mut finden, das Übel beim Namen zu nennen? Oder wird auch sie und ihr neuester Kongreß in Basel, wie alle andern internationalen Zusammenkünfte der vergangenen anderthalb Jahrzehnte, wieder nur ein Schauspiel sein, um die leichtgläubige Masse in den Glauben einzuwiegen, es geschehe „etwas"? Die äußere Aufmachung des Kongresses schien meine Befürchtung zu bestätigen. Auf der Bühne der lange grüne Tisch mit Herren und Damen. Malerischer Hintergrund und stimmungsvolle Beleuchtung. Unter den am grünen Tisch Sitzenden auch einige Minister vom Balkan und anderswoher, deren paneuropäische Reden ganz schön gewesen wären, wenn es in ihren eigenen Ländern nicht so wenig paneuropäisch aussehen würde! Die Begrüßungsansprachen wurden von jedem Vertreter in der Sprache seines Landes gehalten, was den Vorteil hatte, daß die wenigsten einander verstanden. Was dagegen verständlich und ganz nach dem Geschmack der Zuschauer war: die großen, so viel Gelegenheit zu rauschendem Beifall gebenden

Worte. „Wenn es gut geht, ist der Optimismus ein Luxus; wenn es schlecht geht, ist er eine Notwendigkeit". „Nur keine Hoffnungslosigkeit, sondern allgemeine Energie und Vertrauen in die Zukunft!" Usw.

Die sympathischste Figur war zweifellos der Führer der Bewegung, Graf Coudenhove-Kalergi. Seine leidenschaftlichen Warnungen vor den Gefahren der Zukunft, sein dringender Aufruf zur Einigung konnten einen fast überzeugen, daß hier nicht nur Paneuropa gepredigt, sondern auch an seine Verwirklichung geglaubt wird. Er forderte Gleichberechtigung und Sicherheit für alle Völker und legte auch für die nationalen Minderheiten ein Wort ein. Ob er aber wirklich so stark ist wie er glaubt? Und machen die Paneuropäer sich die Aufgabe nicht zu leicht, wenn sie in der Bindung der Regierungen an die Parteien des 19. Jahrhunderts mit ihren „durchaus gestrigen Programmen" den alleinigen Grund für die verfahrene internationale Lage sehen?

Europäische Politik war das Thema des Nachmittags. Ein politisches Allerlei. Das Meiste möglichst an der Oberfläche, wenig Grundlegendes, Hors d'oevres, mehr nicht. Ob das Bessere später kommt? Der englische Kolonial-Minister begrüßt Pan-Europa. Aber Großbritannien werde nicht daran teilnehmen, da sein Herz einer andern Welt gehöre. Etwas Grundsätzliches immerhin. Als aber der Brite stolz verkündete, sprachliche Verschiedenheiten spielten im britischen Reiche keine Rolle, dachte ich an jene Herren, die an reich gedeckter Tafel lächelnd Not und Hunger ihrer Arbeiter leugnen. Herablassend erhaben brachte Dr. Oeri-Basel seine Ausführungen. Er geißelte die Maßlosigkeit, mit der viele Zeitungen, besonders in Deutschland, an ihren Staatsmännern gerade in Zeiten Kritik üben, wo diese an internationalen Konferenzen in schweren Verhandlungen stehen. Er befürwortete die Einführung einer Schonzeit. So sah Dr. Oeri wohl die Fehler der anderen. Aber die eigenen? Wer denkt nicht an die schulmeisterliche Überheblichkeit, mit der fremde Staatsmänner und ihre Handlungen in schweizerischen Zeitungen zensiert werden? Wer nicht an die verhetzende und verletzende Einmischung in die inneren Kämpfe und Nöte anderer Nationen durch manche unserer Blätter?*) Möchte man doch den Aufruf an die „anständigen" Zeitungen zur Gewährung einer Schonfrist vor allem auch ein wenig an die eigene Adresse richten!

Die „europäischen Minderheiten" (Vortrag Estelrich) kamen leider an den Schluß der Verhandlungen, obwohl diese Frage für den europäischen Frieden doch wohl wichtiger ist als etwa die Frage des Frauenstimmrechtes. Sie ist die Sache, und größtenteils auch das Leiden, von 40 Millionen Europäern. Es geht dabei nicht um neue Grenzziehungen, sondern um die Gewährleistung der einfachsten und selbstverständlichsten Lebensrechte für diese Völker oder Volksteile. Die Ausführungen dieses Vortragenden unterschieden sich wesentlich von denen aller anderen. Dort schöne Worte, hier nackte Tatsachen, Klagen und Anklagen. Das schien für manche Leute höchst ärgerlich zu sein. Wurden sie dadurch doch in ihrem Traum von einer bessern Gegenwart gestört. Seitdem der Völkerbund — allein schon durch sein Dasein, nicht wahr? — die Güte des Bestehenden verkündigt, gilt jede Schilderung der nackten Tatsächlichkeit eben als unschicklich, ja als Ausdruck abgefeimter Bosheit. Der sonst so freigebige Beifall der Zuschauer blieb denn diesmal auch fast ganz aus. Viele erinnerten sich plötzlich an die vorgerückte Stunde

*) Etwa zwei Kostproben aus den „Basler Nachrichten" von Anfang Oktober über die Vorgänge in Deutschland: „... der Tag, an welchem Hitler vor dem Reichspräsidenten erschien, sein Sprüchlein hersagte und wieder weggeschickt wurde" — „Nachdem das saubere Plänchen, Hindenburg durch eine ad hoc zusammengeschmissene Zweidrittelsmehrheit von Nazis, Kozis und Sozis umzubringen, infolge der anständigen Haltung der Sozialdemokratie schmählich gescheitert ist ..."

Die Schriftleitung.

und empfahlen sich. Selbst die Herren und Damen am grünen Tisch vergaßen zu klatschen. Die schöne Harmonie war gestört. Er herrschte peinliche Betretenheit.

Da wußte ich aufs Neue: nicht dem Wohl Europas und aller seiner Glieder gilt die große Sorge. Sie gilt der eigenen Ruhe. Auch Pan-Europa ist im wesentlichen eine Angelegenheit der Satten.

Basel, Mitte Oktober 1932.

Karl Lienhard.

Kultur- und Zeitfragen

Wertunordnung des Geistigen!

Der Schweizerspiegel sucht Mitarbeiter. Ganzseitig prangt sein Inserat in der N. Z. Z. „Wir suchten unsere Mitarbeiter selbst und zwar in erster Linie nicht bei jenen, die berufsmäßig, sondern bei andern, die in der Regel überhaupt nicht schreiben. Wir sind überzeugt, daß sie mindestens ebensoviel zu sagen haben". (Von mir gesperrt.) Nur so weiter! Die Dienstmädchen schreiben mindestens ebensogut wie Jakob Schaffner, die Straßenkehrer operieren mindestens ebenso geschickt wie Prof. Clairmont, die Abwarte würden die Schweiz im Haager Prozeß mindestens ebensogut verteidigt haben wie Prof. Logoz, und wenn der Kunstkredit ein Fresko bestellt, so ist es eigentlich unglaublich, daß er sich dafür an einen Berufskunstmaler wendet, anstatt es durch die Stadtpolizisten in ihren freien Augenblicken ausführen zu lassen.

Den Appell an die Pöbelinstinkte, die in unserm ultrademokratischen Volkskörper ja nach Herzenslust wuchern, verstehen die Demagogen des „Die Sonne scheint für alle Leut"-Magazins vortrefflich. Sie haben seine Technik ja in der großen U. S. A. gelernt, wo die Literatur allerdings schon seit geraumer Zeit — sicher die Magazinliteratur — ausschließlich Busineß geworden ist. Es ist aber in der Tat ein erhebendes Kompliment an die Schweizer Schriftsteller, wenn die Herren vom Schweizerspiegel sie auf die gleiche Stufe stellen.

Freilich, sie sind ja nicht allein in diesem Bestreben, in unserm Volk auch das letzte Restchen des Sinnes für eine Wertordnung des Geistigen zu ersticken. In Basel sollen laut dem wiederauferstandenen „Samstag" schon die Insassen der Kleinkinderschulen zu Schülervorstellungen bemüht worden sein, wozu das satirische Blatt boshaft bemerkt, es hoffe nur, es sei für die Stillung gewisser natürlicher Bedürfnisse genügend vorgesorgt worden. Abgesehen von diesen allfälligen Unzukömmlichkeiten ist der Schaden ja wohl dort klein geblieben. Wichtiger ist, was im Radio vor sich geht. Am 15. Oktober weiß die „Schweizer Radio Illustrierte" mitzuteilen, daß im kommenden Winter im Studio Bern als Neuheit „Jugendliche unter Leitung des bekannten Pädagogen und Schriftstellers Prof. Reinhart über verschiedene aktuelle Fragen sprechen werden". In derselben Nummer gibt sich R. (wohl Reinhart) im Artikel „Die Siebzehnjährigen sprechen am Mikrophon" beträchtlichem Enthusiasmus über das Experiment hin. „Sie sprechen am Mikrophon. Und nicht nur einmal, sondern gleich ein Dreivierteldutzendmal ... Lassen wir sie suchen! Auch in der Schule! Das Leben drängt sich heute an die Jugend heran, das Leben mit seinen Fragen will seinen Platz haben neben dem Lehrbuch." Schön und gut. Aber warum vor dem Mikrophon? Ausgerechnet in dieser Zeit, wo die Radiodirektoren unaufhörlich Schriftsteller, die etwas zu sagen haben, abweisen, weil ihre Programme zu überlastet seien. R. gibt am Schluß seines Artikels selbst zu, daß diese Gespräche oder was es sind, ausgiebig vorbereitet sein müßten, „fast ein Theater, ein kleines Hörspiel". Dann ist's aber bei Gott